Antrag

**der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

Entschließung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/5521

Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz – PsychKHG)

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. nach Inkrafttreten des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten eine umfassende Evaluation der Auswirkungen vorzunehmen, die insbesondere auch die nachstehenden Fragestellungen in den Blick nimmt:

1. Welche Rolle nimmt der Sozialpsychiatrische Dienst im Gemeindepsychiatrischen Verbund ein, um eine verbesserte Vernetzung der Angebote sowie deren etwaigen Ausbau zu erreichen und inwieweit hat dies zu einer verbesserten Vernetzung und einem Ausbau der Angebote geführt?
2. Traten Unzulänglichkeiten im Zusammenhang mit den Regelungen zur Förderung der Sozialpsychiatrischen Dienste auf?
3. Konnten flächendeckend die ehrenamtlich Tätigen für die Informations-, Beratungs- und Beschwerdestellen sowie die Besuchskommissionen gefunden werden und welcher finanzielle Aufwand ist durch deren Einrichtung und laufenden Betrieb sowie für die Tätigkeit von Patientenführern entstanden?
4. Inwieweit ist es zu Aufgabenausweitungen und finanziellen Belastungen bei den Kommunen, auch im Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes, gekommen?
5. Hat sich die neu eingerichtete Besuchskommission bewährt und ist eine Aufgabenausweitung auf Heime, in denen Personen nach § 1906 Abs. 1 Nummer 1 BGB untergebracht sind, angedacht?
6. Inwieweit hat das Gesetz zu Verbesserungen im Bereich des Maßregelvollzuges, auch im Hinblick auf den Umgang mit gefährlichen Patienten, geführt?

7. Welcher Mehraufwand für Personal hat sich im Bereich des Justizministeriums aufgrund der verkürzten Maximalfrist zur Absendung des Antrags auf Anordnung der Unterbringung ergeben?
 8. Welchen personellen Mehraufwand beziffern die Einrichtungen aufgrund der Notwendigkeit der ständigen Begleitung untergebrachter Personen im Rahmen von Fixierungsmaßnahmen?
- II. nach drei Jahren einen Zwischenbericht zu erstellen und dem Landtag hierüber spätestens zum 30. November 2017 zu berichten.

12. 11. 2014

Hauk, Klenk, Teufel
und Fraktion

Sitzmann, Lucha, Mielich
und Fraktion

Schmiedel, Hinderer, Wahl
und Fraktion

Dr. Rülke, Haußmann
und Fraktion

Begründung

Mit dem vorliegenden Gesetz werden in Baden-Württemberg erstmals gesetzliche Regelungen für psychisch kranke Menschen geschaffen. Es konstituiert verbindliche Regelungen über psychiatrische Hilfen und den Maßregelvollzug. Das Unterbringungsrecht wurde ebenfalls in das Gesetz integriert. Mit dem Gesetz werden folglich neue Wege beschritten. Aus diesem Grund ist aktuell noch ungewiss, wie die Regelungen greifen und welche Auswirkungen, insbesondere auch in finanzieller Hinsicht, sie in den jeweiligen Bereichen mit sich bringen werden. Vor diesem Hintergrund ist eine umfangreiche Evaluation erforderlich, um prüfen zu können, ob das Gesetz die Erwartungen erfüllen konnte oder gegebenenfalls noch Nachjustierungsbedarf besteht.